

gegen die Bourgeoisie führen die Kommunisten deshalb den Kampf innerhalb der Arbeiterklasse. Aber nur der Klassenkampf selbst ist ein sachlicher Kampf, ein Kampf um die Gestaltung der Wirtschaftsweise, um die Aenderung des politischen und ökonomischen Systems. Wird der Boden des Klassenkampfes verlassen, so wird der politische Kampf zum persönlichen Gezeck, zur persönlichen Hege gegen die Führer, die bald jede wirkliche Aktion der Arbeiterklasse durch Mißtrauen aller gegen alle lähmt, und zur Schwächung der gesamten Arbeiterbewegung führt. Die Arbeiter, die das wissen, lehnen daher von vornherein jede Beteiligung an Aktionen ab, die die kommunistischen Vererber der Arbeiterbewegung führen. So bedeutet die Übernahme der Führung durch Kommunisten von vornherein die Zersplitterung und damit den Verfall der ganzen Aktion.

Die tschecho-slowakische Bewegung zeigt alle diese von der kommunistischen Taktik untrennbaren Begleiterscheinungen und ihr notwendiges Resultat, die Niederlage.

Die Kommunisten wären aber nicht Kommunisten, wenn sie nicht die selbstverschuldeten Niederlage auf die „Verräterei“ der sozialdemokratischen Parteien zurückführten. Nun ist es nicht unsere Aufgabe, die Taktik der sozialdemokratischen Parteien in der Tschecho-Slowakei zu verteidigen. Nur finden wir die kommunistische Erwartung etwas naiv, daß eine sozialdemokratische Partei eine kommunistische Aktion auch dann unterstützen müsse, wenn diese sich zunächst gar nicht gegen das Bürgertum, sondern gegen diese Partei selbst wendet. Das Verratsgeschrei ist deshalb in diesem Fall besonders dumm. Und es bleibt auch töricht, von Verrat zu sprechen, nachdem es sich herausgestellt hat, daß die sozialdemokratischen Parteien sowohl die Stimmung der Arbeiterklasse, als die realen Machtverhältnisse eines Landes, in dem die Arbeiterklasse eine Minorität ist und zum Teil noch ziemlich stark unter bürgerlich-nationalen Einflüssen steht, viel richtiger eingeschätzt haben als die kommunistischen Phrasenhelden. Aber angenommen, der Verrat wäre bewiesen. Wie soll man dann erst über die Leichtfertigkeit und Kurzsichtigkeit der Kommunisten urteilen, die ja diese Parteien stets als „Verräter“ beschimpft und daher diesen „Verrat“ in ihre politische Rechnung hätten einstellen müssen? Was würde man zu einem Feldherrn sagen, der weiß, daß die übergroße Mehrzahl seiner Truppen aus Verrätern besteht und trotzdem einem überlegenen Feind die Schlacht anbietet? Man würde dann nicht mehr von Strategie, sondern von Tzetzianen reden. Und wir meinen, daß man bei den Kommunisten auch nicht mehr von Politik reden können.

In Wirklichkeit zeigt die tschecho-slowakische Bewegung geradezu klassisch, wohin die spezifisch kommunistische Taktik führen muß. Diese Niederlage ruft deshalb allen Arbeitern die erste Mahnung zu: **Leb! Ihr seid gewarnt!**

Der Zusammenbruch des Streiks

Prag, 16. Dezember.

Der Volksgesundheitsrat der tschechischen kommunistischen Partei veröffentlicht im „Rube Pravo“ einen Aufruf an die Arbeiterklasse. Es möge den Streik noch im Laufe des heutigen Tages einstellen. Die deutschen kommunistischen Parlamentarier hatten bereits gestern erklärt, daß der Streik abgebrochen werden müsse.

Die Telegraphen-Union berichtet: Die Streikbewegung in der Tschecho-Slowakei hat, wie man nunmehr endgültig feststellen kann, mit dem völligen Mißlingen der Kommunisten geendet. In Böhmen kehrt die Arbeiterklasse allgemein in die Betriebe zurück, in Mähren zudem nur noch hier und da nachträgliche Teilstreiks auf. In der Slowakei wird normal gearbeitet. Selbst dort, wo die Arbeiterklasse eine radikalere Richtung vertritt, erkennt sie bald, daß der wirtschaftliche Aufbau durch die Arbeitsstörung gefährdet werde und stellt sie die Forderungen hinter die Interessen des Staates zurück. Die Kommunisten blafen jetzt selbst zum schlechtesten Rückzug. Das Hauptorgan „Rube Pravo“ bringt die Aufforderung des Aktionsausschusses der Linken, den Streik zu beenden.

Die Vorgänge in Prag

Prag, 16. Dezember.

Nach den neuesten Nachrichten ist die Zahl der Todesopfer in Prag auf acht gestiegen. Ueber 20 Verwundete befinden sich im Krankenhaus. In Prag ist ein kommunistischer Arbeiter seinen Verletzungen erlegen. — Wie „Pravo Lidu“ meldet, sind die fünf kommunistischen Senatoren, die nach dem Beispiel der kommunistischen Abgeordneten sich als kommunistischer Klub konstituierten wollten, unter dem Eindruck des mißglückten Gusses von diesem Plan abgekommen. Sie verbleiben weiterhin im Verbands des Klubs der sozialdemokratischen Senatoren.

Generalstreik in Halle

Eine gehässige Ausweisung

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Halle, 16. Dezember.

Am Donnerstagmorgen wurde der letzte politische Redakteur des halleischen „Volksworts“, Viktor Stern, aus seiner Wohnung heraus verhaftet und ihm ein Ausweisungsbefehl überreicht. Stern ist österreichischer Staatsangehöriger.

Die örtliche Leitung der kommunistischen Partei setzte sich sofort mit dem Volksbevollmächtigten Böhl in Verbindung, um den Grund der Verhaftung zu erfahren. Böhl antwortete, daß die Ausweisung von der Berliner Regierung gekommen sei. Die Landtagsabgeordneten des Bezirks Halle interpellierten sofort den Minister des Inneren Severing, der erklärte, daß die Ausweisung nicht zurückgenommen werden könne. Einen Grund für das Vorgehen der Regierung gab er nicht an.

Die örtliche Parteileitung der Kommunisten proklamierte sofort den Generalstreik, und im Laufe des Tages leisteten die meisten Betriebe dieser Parole Folge. Nachmittags 2 Uhr verlegte die elektrische Stromzuführung, die Straßenbahnen mußten stillstehen. Aus demselben Grunde waren auch die Läden und öffentlichen Lokale abends unbeleuchtet. Nachmittags 4 Uhr fanden in den sämtlichen Räumen des Volksparks Protestversammlungen der Arbeiterklasse statt. Die Versammlungen waren von circa 6000 Personen besucht. Nach kurzen Reden leitete der kommunistische Parteiführer wurde beschlossen, den Streik fortzusetzen. Man erwartet von der Berliner Zentrale der kommunistischen Partei noch weitere Parolen. Weitere Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen.

Wenn sich die Nachricht von der Ausweisung bestätigt, so muß dagegen der schärfste Protest erhoben werden. Es wäre wirklich eine Schande, wenn die Praxis des alten Preußens, politisch unbedeutende Ausländer auszuweisen, wieder in Schwung käme, eine doppelte Schande, wenn sie ein rechtssozialistischer Minister in Anwendung

brächte. Besonders gehässig und verurteilenswert scheint dazu noch die brutale Art der Ausführung gewesen zu sein. Es muß gefordert werden, daß die Maßnahmen scharf und rückgängig gemacht wird.

In Halle hat die Maßnahme offenbar Erregung ausgelöst und die Kommunisten haben den Generalstreik proklamiert. Als Zeichen des Protestes wird man dieses Vorgehen begreiflich finden. Als Ausgangspunkt für eine große Aktion, auf die die Schlüsselführer der obenstehenden Meldung hindeuten, wird man aber das an sich nicht scharf genug zu verurteilende Vorgehen gegen eine einzelne Person wohl kaum nehmen dürfen. Denn die Durchführung eines Generalstreiks setzt ein allgemeines, von der gesamten Arbeiterklasse gefordertes und von ihrem revolutionären Bewußtsein getragenes Ziel voraus.

Die Ausweisung Dr. Sterns aus Halle hat ein Antrag zum Gegenstand, der gestern in der preussischen Landesversammlung von den Kommunisten mit Unterstützung der Unabhängigen eingebracht wurde. Er wendet sich gegen die Ausweisung, weil das Verhältnis zwischen der deutschen und der österreichischen Republik gestört würde und verlangt vom Minister des Innern die Zurücknahme der Ausweisung.

Kommunistische Erfolgspolitik

In seiner wichtigen Anklagerede gegen die bolschewistische Diktatur hat Genosse Martow auf dem Parteitag in Halle unter anderem auch auf die Gefahren hingewiesen, die das Zusammengehen der Bolschewisten mit den türkischen Nationalisten mit sich bringe. Es war nicht bloß die Empörung gegen die Zusammenarbeit der Führer der Dritten Internationale mit den Armenierschlächtern Enver Pascha und Kemal Pascha, die breite Kreise der deutschen Arbeiterklasse ergriff, es war zugleich auch die Erkenntnis der vollkommenen Haltlosigkeit der bolschewistischen Konjunkturpolitik, die unsere Genossen überall scharfe Kritik an dieser Politik ließen, die ein Unglück für die kausalistischen Völker und eine Schande für den Kommunismus bedeutet.

Der weitere Verlauf der Ereignisse hat die Richtigkeit dieser Kritik sehr schnell erwiesen. Es zeigte sich, daß weder die Verbrüderungsgesenen auf dem Kongress der Ostvölker in Baku, noch die Lobhudeleien Karl Rabels und anderer an die Adresse Enver Paschas und Kemals diese gerissenen Erfolgspolitik zu einer ehrlichen, grundsätzlichen Kritik bekehrten. Enver und Kemal nahmen das russische Gold und die russischen Waffen, die ihnen in Menge von der Sowjetregierung geliefert wurden; sie ließen sich gerne die Unterstützung Moskaus gefallen, um gegen den Kaukasus vorzuziehen, Armenien zu überrennen, Georgien zu bedrohen usw. Als aber die Entente sich bereit zeigte, den türkischen Nationalisten Konzessionen zu machen, warfen Enver und Kemal die kommunistische Maste ab und zeigten sich in ihrer wahren Gestalt — als die raubgierigen Vertreter der türkischen Herrenschafte, die die Dritte Internationale für ihre gerissene Geschäftspolitik auszunutzen verstanden hatten.

Angesichts dieser Sachlage sahen sich auch die begeisterten Kemalisten in der deutschen kommunistischen Partei zu einem Rückzuge gezwungen. Am 30. November ließ die „Rote Fahne“ den Schredenruf aus, daß das Zusammengehen der Bolschewisten mit den türkischen Nationalisten äußerst gefährdet sei.

Dieses Zusammengehen ist leicht auswärts in Frage gestellt, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Führer des türkischen Aufstandes desto mehr geneigt sein werden, auf die Seite der Entente überzugehen, je mehr diese durch die Notwendigkeit der Schwächung Sowjetrußlands zu Konzessionen ihnen gegenüber bereit sein wird, und je mehr sie durch den nationalen Kampf gegen die kolonialen Volksmassen zum Klassenkampf gegen die eigenen Ausbeuter übergehen werden.

In seiner getriggen Ausgabe bringt das kommunistische Organ die Nachricht, daß Rabal als Friedensunterhändler nach Angora gelangt sei. Inzwischen hat sich nämlich die Lage im Kaukasus noch dadurch verschärft, daß die Armenier, angesichts der von den Türken drohenden Gefahr des Unterganges, die „Kaiserrepublik“ ausgerufen und sich unter dem Schutz Sowjetrußlands gestellt haben. Es gilt also nun, dem Vordringen der türkischen Horden, die gestern noch als Bundesgenossen und Kämpfer für die Weltrevolution gefeiert wurden und denen man kalten Blutes Armenien und Georgien opfern wollte, Einhalt zu gebieten und wenigstens einen Teil Armeniens vor der Vernichtung zu retten. Ob diese Aufgabe gelingen wird, ist schwer vorzusagen. Jedenfalls ist Kemal und Enver Pascha jetzt in der Lage, so wohl gegenüber Sowjetrußland wie gegenüber England eine Expressepolitik großen Stils zu betreiben. In der Handhabung der Methoden einer abenteuerlichen Konjunkturpolitik haben sich Enver und Kemal jedenfalls als die Gerisseneren erwiesen als Rabal und Sinowjew. Und es ist nur kennzeichnend für den politischen Tiefstand der letzteren, daß sie überhaupt diesen Wettlauf mit den Türken unternommen haben, ohne der schweren Schädigungen eingedenk zu sein, die sie durch ihre Politik der Sache des Sozialismus zufügten.

Späte Einsicht

In der gestrigen Abendnummer des „Vorwärts“ beklagt sich der rechtssozialistische Abgeordnete Franz Feuerstein, der in der Zeitung der württembergischen Konsumvereine steht, darüber, daß die Genossenschaftsbewegung von der Gesetzgebung und Verwaltung nicht genügend berücksichtigt werde. Bei Kriegsausbruch habe sie sich in schönstem Aufstiege befunden. Dann aber kam die Zeit der Krieges- und der Zwangswirtschaft, die die Verbraucherorganisationen zur Grundfrage der Lebensmittelförderung zu machen, sei sie in die Zwangsjacke der öffentlichen Bewirtschaftung gesteckt und aller Vorteile beraubt worden, die die Genossenschaften vor der privaten Wirtschaft auszeichnen.

Und nicht nur das. Allen größeren Konsumvereinen wurden ihre Zentrallager von Kaffee, Tee und anderen Massengütern geleert, d. h. behördlich „beschlagnahmt“, in die Verwaltung und den Besitz der famosen Kriegsgesellschaften übergeführt, die die qualitativ hochstehende und billige Friedensware der Konsumvereine diesen zu Einstands- und Friedenspreisen ohne Speisenzuschlag „abnahm“ und dem privaten Handel zu teuren Kriegspreisen „außerteilte“. Die Lager der Konsumvereine aber wurden dann auf Weisung derselben Kriegsgesellschaften, in die man den Hof zum Gärtner gesetzt hatte, von Privatprovisionen mit schandiger Erbschware zu teuren Kriegspreisen wieder gefüllt. Die Verluste der Genossenschaften gingen in die Hunderttausende. Die massenhaften Wädel-Großbetriebe der Konsumvereine wurden vom achtsündigen Dreifachbetrieb auf die Tagesleistung von 9 Stunden zurückgeschraubt; die technisch glänzend eingerichteten Treibmaschinenbetriebe entweder ganz stillgelegt oder durch die bürokratischen Schikanen der Reichsgüterbestände und die kapitalistischen Finissen des von der Reichsstelle zwangsläufig gegrün-

derten Teilwarenfabrikantenverbandes zur geschäftlichen Ohnmacht verurteilt. Soweit die Konsumvereine noch produziert, wurde ihr Erzeugnis nicht für die eigenen Mitglieder verwendet, sondern von Süd nach Nord, von West nach Ost und umgekehrt mit hunderten Kilometern Verkehrsbelastung und dementsprechenden Frachtkosten zum „Umsatz“ geföhren, wie es Bureaokrateneiweisheit und kapitalistisches Profitinteresse für gut befanden.

Die Zwangswirtschaft während des Krieges war an sich eine Notwendigkeit. Wollte man die Bevölkerung nicht der völligen Verelendung und dem Hungertode ausliefern, so mußte etwas geschehen, um der Ausbeutungswut der kapitalistischen Kreise gewisse Grenzen zu ziehen. Diese Maßnahmen sind aber von den Genossenschaftsgenossen des Herrn Feuerstein in den höchsten Tönen als eine Verwirklichung sozialistischer Gedanken gepriesen worden. Wir erinnern nur daran, wie oft Herr Paul Rensch vom „Kriegssozialismus“ geredet hat, daß in der Metallarbeiter-Zeitung ausgerufen wurde: Sozialismus, wohin wir hicken! und selbst die führenden Leute in der Genossenschaftsbewegung die Kriegswirtschaft als den Ausbruch sozialistischer Maßnahmen verteidigt hatten. Wenn Herr Feuerstein und seine Freunde jetzt über die Nachteile jammern, die den Genossenschaften daraus entstanden sind, so tragen sie ihr gerütteltes Maß an Schuld daran. Es zeugt jedoch von derselben Kurzsichtigkeit, die diese Leute während des Krieges bewiesen haben, wenn sie jetzt mit den Vertretern des Privateigentums gemeinsam die Hege gegen jede Zwangswirtschaft betreiben, statt darum zu kämpfen, daß aus der Zwangswirtschaft als einer kriegerischen und bürokratischen Einrichtung die Vorbedingungen für die Sozialisierung der Wirtschaft geschaffen werden.

Heransforderung der Arbeiterschaft

Entwurf eines Betriebsbilanzgesetzes

Dem Reichstag ist folgender Entwurf eines Gesetzes über die Betriebsbilanz und die Betriebs-Gewinn- und -Verlustrechnung zugegangen:

§ 1. Die nach § 72 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 vorzulegende Betriebsbilanz hat über das Unternehmen nach den für dieses geltenden gesetzlichen Bilanzgrundsätzen Aufschluß zu geben. Das dem Unternehmen nicht gewinnbare Vermögen des Unternehmers bleibt hierbei außer Betracht.

§ 2. Das Recht, die Vorlegung und Erläuterung der Betriebsbilanz zu verlangen, steht neben den Einzelbetriebsräten auch dem Gesamtbetriebsrat zu.

§ 3. Auf die nach § 72 des Betriebsrätegesetzes vorzulegende Betriebsbilanz- und -verlustrechnung finden die Vorschriften des §§ 1, 2 entsprechende Anwendung.

§ 4. Die Vorlegung und Erläuterung einer Betriebsbilanz so wie einer Betriebsbilanz- und -verlustrechnung können erstmalig für das letzte vor dem 1. Januar 1921 abgelaufene Geschäftsjahr verlangt werden.

Die Vorschriften des § 1 Abs. 2 finden auf Bilanzen sowie auf Gewinn- und Verlustrechnungen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes schon aufgestellt waren, keine Anwendung.

§ 5. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1921 in Kraft.

Im Paragraphen 72 des Betriebsrätegesetzes ist bestimmt, daß den Betriebsräten in Betrieben mit mindestens 300 Arbeitnehmern oder 50 Angestellten alljährlich eine Betriebsbilanz und eine Betriebsbilanz- und -verlustrechnung vorzulegen ist. Das dazu angeforderte Ausführungsgezet glaubt der Reichstag in der vorliegenden Karikatur eines Gesetzes über die Betriebsbilanz bieten zu können. Unter völliger Verzicht auf jede Definition des Begriffes Betriebsbilanz wird lediglich auf die bestehenden handelsrechtlichen Bestimmungen über die formale Handelsbilanz verwiesen. Mit derartigen summarischen Endzählchen, wie sie von den Aktiengesellschaften schon in den Tageszeitungen veröffentlicht werden, ist aber selbstverständlich nichts anzufangen. Von einem Einblick in die Zusammenhänge der Geschäftsvorgänge kann hier umso weniger die Rede sein, als noch nicht einmal die nötigen Unterlagen zu „Erläuterung“ ausreichen werden, auf die die Betriebsräte Anspruch hätten, kann sich jeder vorstellen, der schon einmal Gelegenheit hatte, die Geschäftsberichte zu hören, die jetzt den Betriebsräten auf Grund des Paragraphen 71 des B. A. G. erstatten werden müssen. Genau so nichts sagend sind die Vorschriften über die Vorlegung der Betriebsbilanz- und -verlustrechnungen. Bei großen Betrieben mit mehreren Filialen ist noch nicht einmal die Vorlage der von den einzelnen Betrieben aufgestellten Teilbilanzen vorgesehen.

Der Entwurf des Reichsrats entspricht in allen Teilen den Vor schlägen, wie sie die Unternehmer in einer Eingabe des Reichsverbandes der Deutschen Industriellen gemacht hatten. Die Arbeitnehmerabgeordneten des Reichswirtschaftsrates, ohne Unterschlag der Richtungen, hatten vorgeschrien geschlossen gegen diese Vorlage demonstriert und es klang wie ein Horn auf die gesamte Arbeitnehmerschaft, wenn die Regierung diese Scharmachtsvorlage nunmehr dennoch unverändert dem Reichstag unterbreitet.

Dieser Entwurf ist gänzlich undiskutabel. Mit seiner Annahme würde der letzte Rest aus den Bestimmungen des B. A. G. beseitigt, der noch geeignet gewesen wäre, durch entsprechende Ausführungsgezet ein Mindestmaß von Einblick in das Geschäftsgedächtnis der kapitalistischen Betriebe zu gewinnen.

Die sozialistischen Arbeitervertreter im Reichstag werden auf diese Verhöhnung die rechte Antwort zu finden wissen. Sie können nur einem Gesetz zustimmen, durch das den Betriebsräten eine unmittelbar aus den Geschäftsbüchern hervorgegangene Betriebsbilanz vorgelegt werden muß. Der Inhalt einer Betriebsbilanz muß mindestens die in dem Gesetzentwurf des V. A. Bundes enthaltenen Positionen umfassen. Den Betriebsräten müssen außerdem alle erforderlichen Unterlagen vorgelegt werden.

Bei dieser Gelegenheit ist auch insofern eine Forderung des B. A. G. zu verlangen, als die Vorlegung der Betriebsbilanz nicht auf Betriebe mit mindestens 300 Arbeitnehmern beschränkt bleibt, sondern auch auf kleinere Geschäfte ausgedehnt wird. Das Gesetz ist von grundlegender Bedeutung, denn es geht hier nicht nur um die Vorlage der Bilanz, sondern um die Durchsichtigmachung der kapitalistischen Gewinnwirtschaft überhaupt.

Der Vorkostenrat des Reichstags beschloß am Freitag, die Vorlage über Erhöhung der Pensionen der Witwen der Arbeiter und der Sozialrentner zu erledigen. Unbedingt erledigt werden sollen noch die Novelle zur Verschärfung des Wucherergesetzes, das Notgesetz zur schnelleren Erhebung des Reichsnotopferes und des Umkehrergesetzes. Am Sonnabend soll dann die dritte Lesung des umfangreichen Materials stattfinden; die Sitzung wird bereits um 9 Uhr vormittags ihren Anfang nehmen.

Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten ist entsprechend dem Antrage der Unabhängigen Fraktion am Sonnabend mittags 10 Uhr einberufen worden.

Der Streik der Düsseldorf-Buchdrucker, der seit dem 10. November anhält, wurde durch Verhandlungen beendet.

Wir zeigen was wir können

Margarine Pfd. 13,80
mit Buttergeschmack

Schmalz Pfd. 19,-
Garantiert reines Schweineschmalz

Viktoría Erbsen Pfd. 3,25
Gutkochende Ware

Weißer Bohnen Pfd. 1,85

Täglich frisch gebr.
Kaffee ¼ Pfd. 6,50
Selten gute Mischung

Tafel Reis Pfd. 5,25
Vollreis

Union, Loreley, Ladewig, Assmann, Reichelt

Preisermäßigung
bis Freitag nächster Woche

175 Filialen:

175 Filialen:

- Osten**
- Fruchtstr. 18
 - Büdersdorfer Str. 33
 - Frankfurter Allee 27
 - 38
 - 70
 - Warschauer Str. 7
 - 30
 - Dominikener Str. 6
 - Torell Str. 2
 - Strakauer Allee 35
 - Alt-Stralau 49
 - Hohenlohe Str. 4
 - Großler Str. 30
 - Libauer Str. 23
 - Gabriel-Max Str. 16
 - Boschogener Str. 2
 - 30
 - 41
 - 57
 - 107
 - Straßmann Str. 40
 - Zandorfer Str. 19
 - Vilsiter Str. 7
 - Weidenweg 63 (Ballhofplatz)
 - 54
 - Thaer Str. 23
 - Eberly Str. 34
 - Kochmann Str. 15
 - Dolziger Str. 35
 - Pattenkofer Str. 12
 - Bamariter Str. 12
 - Praskauer Str. 24
 - Olgaer Str. 12
 - Niederbarnim Str. 27
 - Landsberger Allee 30
 - Gr. Frankfurter Str. 119
 - Grüner Weg 37

- Norden**
- Alte Schönhauser Str. 35
 - 60
 - Franscki Str. 52
 - Prenzlauer Allee 54
 - 177
 - Stargarder Str. 7
 - Schönhauser Allee 60
 - 72 c
 - 88
 - 180
 - Lortzing Str. 1
 - Schivelbeiner Str. 20
 - Olein Str. 19
 - Swinemünderstr. 74
 - Prinzen Allee 31
 - Bad Str. 42
 - 49
 - Brunnen Str. 22
 - 71
 - Reinickendorfer Str. 94
 - 98
 - Liebenwalder Str. 59
 - Malplaquet Str. 25
 - Müller Str. 179
 - Rosenthaler Str. 65
 - Trivalden Str. 2
 - Artillerie Str. 6
- Nordwest**
- Rathenower Str. 31
 - Wilsnader Str. 58
 - Stendaler Str. 13
 - Oldenburger Str. 44
 - Erdener Str. 2
 - Turn Str. 61
 - Beussel Str. 27
 - Golzkowsky Str. 31

- Nordosten**
- Elbinger Str. 33
 - Kniprade Str. 4a
 - Bötzow Str. 15
 - Wörther Str. 13
 - Barnim Str. 39a
 - Palisaden Str. 2
 - Kl. Frankfurter Str. 40
 - Gollnow Str. 38
 - Neue König Str. 37
- Süden**
- Gräfe Str. 1
 - Neue Jakob Str. 15
- Südosten**
- Reichenberger 112
 - 39
 - Admiral Str. 13
 - Dresdener Str. 132
 - Wrangel Str. 57
 - Eisenbahn Str. 41
 - Adalbert Str. 36
 - Köpenicker Str. 137

- Südwesten**
- Wilhelm Str. 25
 - Markgrafen Str. 24
 - Zossener Str. 37
 - Nostiz Str. 36
 - Bergmann Str. 1
 - Kreuzberg Str. 32
- Centrum**
- Zentral-Markthalle Stand 9/a
 - 140a
 - Kurze Str. 6

- Westen**
- Kanonier Str. 1
 - Lützow Str. 81
- Adlershof**
- Bismark Str. 15
- Friedenau**
- Rhein Str. 18
 - 22
- Lauterplatz**
- Halensee**
- Joachim Friedrich Str. 18
- Neukölln**
- Hermann Str. 32
 - 42
 - 62
 - 166
 - Berliner Str. 14
 - 47
 - Berg Str. 41
 - Thüringer Str. 43
 - Böhmische Str. 10
 - Delbrüde Str. 67
- Pankow**
- Flora Str. 24
 - Wollank Str. 21
- Schöneberg**
- Motz Str. 13
 - Eisenacher Str. 69
 - Goltz Str. 16
 - Alkazien Str. 15
 - Max Str. 1
 - Kolonnen Str. 54

- Steglitz**
- Schloß Str. 101
 - Albrecht Str. 12
- Tegel**
- Schlieper Str. 70
- Tempelhof**
- Berliner Str. 120
- Weißensee**
- Berliner Allee 239
- Charlottenburg**
- Kant Str. 93
 - 111a
 - Wilmersdorfer Str. 40
 - 66
 - 130
 - Suarez Str. 50
 - Leonhard Str. 4
 - Berliner Str. 117
 - 123
 - Cauer Str. 32
 - Kaiserin Augusta Allee 63
 - Marburger Str. 7
- Friedrichshagen**
- Friedrich Str. 73
- Hohenschönhausen**
- Berliner Str. 113a

Sowie Neueröffnung: Friedenau am Lauterplatz (Schmargendorfer Str. 1)

Wettelpfennige für Beamte

Eine Dauerlösung

Die gestrige Tagung des Reichstags gehörte wiederum den Beamten. Das Sperrgesetz und die Abänderung der Besoldungsordnung standen auf der Tagesordnung. Wie bereits in der vergangenen Woche, so fand auch gestern ein allgemeiner Wettlauf um die Gunst der Beamten statt. Keine Schicht ist gegenwärtig so umworben von den bürgerlichen Parteien wie die der Beamten. Durch diese Haltung suchen sie die Tatsache zu verwischen, daß es doch die Wirtschaftspolitik des Bürgertums ist, die die gewaltige immer noch steigende Verelendung unter der Beamtenenschaft hervorgerufen hat. Während die bürgerlichen Parteien alle Schliche benutzen, um sich der Zahlung der Reichssteuern zu entziehen und dadurch das große Finanzelend immer noch verschlimmern, die Valuta verschlechtern und durch eine nur kapitalistischen Gesichtspunkten eingestellte Wirtschaftspolitik die Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse ins Ungemessene vermehren, suchen sie durch schöne Worte den Beamten einzureden, daß sie, ein Herz für ihre Nöte haben, aber doch leider nicht so können, wie sie gern möchten.

Diese Heuchelei, die allerdings bereits von einem großen Teil der Beamten durchschaut wird, wurde von der Genossin Ziehl, der Sprecherin der U. S. P., in zwei trefflichen Reden entlarvt. Eingehend wies Genossin Ziehl nach, daß es die Rückgratlosigkeit und der mangelnde gute Wille der bürgerlichen Parteien war, die die ungenügende Gehalt der Beamten zu danken ist. Für alles habe der Staat Geld, nur nicht für die Bedürfnisse seiner Beamten, auf deren Arbeitsfähigkeit er angewiesen sei. Besonders tröstlos seien auch jetzt noch die Gehaltsverhältnisse der unteren Beamten. Sie bleiben außerordentlich hinter dem Existenzminimum zurück und liefern deshalb diese Familien der Not und dem Elend aus.

Als in der neunten Stunde endlich die Abstimmung beginnen sollte, lagen etwa 120 Anträge vor. Die Abstimmung ergab im wesentlichen die Ablehnung aller von der Linken gestellten Anträge und die Annahme der Vorlage nach den Beschlüssen des Ausschusses. Einige deutsch-nationale Agitationsanträge mit Vergünstigungen für obere Beamte wurden aber angenommen. Dieser Tatsache gegenüber erklärte deshalb der Finanzminister Wirth die ablehnende Haltung der Reichsregierung und er sprach die Bitte aus, diese Abänderung in der dritten Lesung zu befechtigen. Das geschah auch.

Wie wenig die bürgerlichen Parteien aber wirklich geneigt sind, die gewaltigen Ungerechtigkeiten im gegenwärtigen Beamtenverhältnis zu beseitigen, das zeigte die Abstimmung über den unabhängigen Antrag auf Gleichberechtigung der nichtakademisch vorgebildeten Beamten mit den akademischen. Er wollte die großen Hemmnisse, die dem Aufstieg tüchtiger nicht akademisch vorgebildeter Beamter im Wege stehen, endlich beseitigen. Angeblich ist das ja auch ein Ziel, das die bürgerlichen Parteien verfolgen. Bei der Abstimmung aber erhoben sich außer den drei sozialistischen Fraktionen nur wenige Bürgerliche, so daß der Antrag abgelehnt wurde.

Die bürgerlichen Parteien glauben, mit der Verabschiedung der Vorlagen Ruhe vor den Ansprüchen der Beamten zu haben. Das aber ist eine Täuschung. Solange der Staat nicht imstande und gewillt ist, allen Beamten eine auskömmliche Existenz zu gewähren, solange seine sonstige Politik eine immer weitere Entwertung des Geldes herbeiführt, wächst die Notlage der Beamtenenschaft und damit die Notwendigkeit, neue Forderungen zu erheben. Diese können die Beamten aber nur durchsetzen, wenn sie die enge Verbindung mit der klassenbewußten Arbeiterenschaft herstellen.

Erfahrungsbericht

Auf der Tagesordnung stehen Besoldungsgesetz und Beamten-Sperrgesetz. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte darüber, welche von beiden Vorlagen zuerst beraten werden soll, wird beschlossen, das Sperrgesetz zu beraten.

Abg. Steinkopf (Soz.): Das Gesetz ist zur Ordnung des Besoldungswesens der Beamten unbedingt notwendig. Demokraten und das Zentrum sind umgefallen. Den Gewerkschaften muß unbedingt das Recht eingeräumt werden, daß sie Beamtenvertreter, die über die Gehälter der Beamtenenschaft mit verhandeln sollen, vorschlagen dürfen. Die heutige Fassung des Gesetzes schließt die großen Gewerkschaften überhaupt aus für ihre Mitglieder einreden zu können.

Abg. Höffe (Ztr.): Da das Gesetz notwendig ist, stimmen wir dem Auswahlantrag zu.

Abg. Barth, Chemnitz (Dnatl.): Wir sind Gegner des Sperrgesetzes.

Abg. Beuermann (D. Vp.): Wir werden, angesichts der Notwendigkeit, für das Gesetz stimmen.

Abg. Kütz (Dem.): Es ist uns außerordentlich schwer geworden uns mit dem Gesetz abzufinden.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die zwingende Notwendigkeit unserer finanziellen Lage fordert dies Gesetz. Es muß alles aufgeboten werden, um ein gegenfeitiges Ueberbieten der Gemeinden, Länder usw. zu verhindern. Das Gesetz ist nicht vom Zentralismus eingegeben, denn gerade Süddeutschland war für Erlass dieses Gesetzes.

Bayerischer Gesandter von Preger verliest eine lange Erklärung der bayerischen Regierung, worin diese ihren abweichenden Standpunkt zum Ausdruck bringt.

Abg. Frau Ziehl (U. S. P. D.)

Meine Partei hat den Wunsch, daß eine einheitliche Regelung der Gehaltsbezüge der Beamten in Reich, Staat und Gemeinde durchgeführt wird. Doch kann sie dem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Zunächst ist es Pflicht der Reichsregierung, dafür zu sorgen, daß den Reichsbeamten in den unteren Klassen ein Existenzminimum gesichert wird. Das Sperrgesetz verhindert die Ausübung des Koalitionsrechts, es bedeutet zugleich einen Vorstoß der Regierung. Das wachsende Mißtrauen der Beamten zu der Regierung macht sich in stürmischen Protestkundgebungen Luft. Ich frage die Regierung, ob sie glaubt, daß alle die Gemeindebeamten, deren Bezüge nach den Bestimmungen dieses Gesetzes rückwärts revidiert werden sollen, sich das ruhig gefallen lassen werden? Das ist einfach undenkbar! Kämpfe werden herausbeschworen von ungeheurer Schärfe. Wir erstreben die sozialistische Gesellschaftsordnung, die für alle Schaffenden eine gesicherte Existenz bringen wird. Solange wir aber in der kapitalistischen Gesellschaft leben, treten wir für die gesetzlichen Rechte der Beamten ein. Hoffentlich ziehen die Beamten aus der Lage die rechten Schlüsse und schließen sich in selten gemeinschaftlichen Organisationen zusammen.

Es ist davon geredet worden, daß das Gesetz ein Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte sei. Wir sagen: Verfassungsfragen sind Rechtsfragen. Die vom bayerischen Regierungsvorsteher geäußerten Bedenken entspringen reaktionären partikularistischen Hintergedanken. Ein solcher Bundesbruder bei der Bekämpfung des Gesetzes ist aber unangenehm. (Große Heiterkeit.)

Was bedient die Reichsregierung dann zu tun, wenn die bürgerliche reaktionäre Regierung das Gesetz eben so labortiert wie das Entwaffnungsgesetz? Das Gesetz wäre überflüssig, wenn nun endlich an Stelle der vielen Bundesstaaten mit ihren kostspieligen Regierungen die einheitliche deutsche Republik gesetzt wird. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Das Verhalten der bürgerlichen Parteien zeigt wieder einmal ihren wankelmütigen Charakter. Sie sind wiederholt mit den von ihnen aufgestellten Grundgesetzen umgefallen. Das zeigt nicht von Mangel an Heiterkeit. Das Gesetz beabsichtigt nur eine Sperre bei der Gehaltsfestsetzung nach oben, nicht aber nach unten. Die Hungerbezüge der Unterbeamten können also ungehindert niedrig gehalten und weiter herabgesetzt werden. Das Einpruchsrecht des Finanzministers wird einen großen Kollisionskonflikt von Beschwerden und Protesten zur Folge haben. Die Regierung untergräbt mit dem Gesetz das Vertrauen der Beamten zu ihr. Wir wollen den gewerkschaftlichen Organisationen der Beamten ein Mitbestimmungsrecht bei dem Schlichtsgericht einräumen. Die Regierungenparteien haben das im Ausschuss verhindert. Die Angst der bürgerlichen Parteien vor den gewerkschaftlichen Organisationen hat auch im Ausschuss Blüten des Hasses gezeitigt. (Hört! Hört! bei der U. S. P.) Die Zeiten des Obrigkeitsstaates sind vorüber und auch die Beamten schreiten vorwärts und so ist auch dieser Gesetzentwurf ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft. Teuerung und Bücher nehmen zu, was kümmert es Sie (nach rechts). Sie erwidern im Ueberflusse (Lachen rechts). Ihr Lachen ist eine Unerschämtheit. Das Sperrgesetz ist ein Gesetz der Ohnmacht des Staates gegenüber der Allmacht des Finanzkapitals, das die Verworfenheit unserer wirtschaftlichen Zustände, die Verschlechterung

der Valuta verschuldet. Das Sperrgesetz wird die Zahl der Totengräber des Kapitals anwachsen lassen, bis die Beseitigung aller Unfreiheit und Knechtschaft durchgeführt ist. (Lebh. Beifall bei der U. S. P.)

Abg. Eckardt (Rom.): Das Gesetz verdankt seine Entstehung der Bankrotspolitik des Reiches. Bei der

Abstimmung

wird der § 1 gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen; desgleichen werden die übrigen 14 Paragraphen unter Ablehnung der sozialdemokratischen und unabhängigen Anträge in der Ausschussfassung angenommen.

Präsident Ebert schlägt vor, die dritte Lesung am Freitag vorzunehmen, da an diesem Tage eine Abstimmung erfolgt, für welche die für Verfassungsänderungen nötige Mehrheit erforderlich ist.

Es folgt die zweite Lesung des Abänderungsgesetzes zur Besoldungsordnung.

Der Ausschuss erlucht unter anderem die Regierung für die künftigen Laufbahnen der Beamten allgemein gültige Grundzüge zu erlassen.

Abg. Steinkopf (Soz.): Lange genug hat es gewährt, und trotzdem ist die Besoldungsordnung nicht gut geworden. Nach einigen bürgerlichen Rednern erhält das Wort

Abg. Frau Ziehl (U. S. P. D.)

Gegenüber dem Abg. Beuermann gebe ich gerne zu, daß ich die Titel der Beamten nicht alle kenne, ich gebe mir darin auch gar keine Mühe. Der Unterausschuss hat gründlich und sachlich gearbeitet. Die Selbstbescheidung des Unterausschusses und der Widerstand des Finanzministeriums aber haben uns in unserer Arbeit gehindert. Die Regierung hat ja sogar bei Abänderungen mit Rücktritt des Finanzministers gedroht. Deshalb mußte unsere Beratung negativ sein, aber mein Antrag auf Abbruch der Verhandlungen wurde abgelehnt. Wir haben nur erreicht, daß die Drohungen aufhörten. So war uns aber nicht möglich, die schweren Konstruktionsfehler aus dieser Vorlage zu beseitigen. Ich habe sie schon in der Nationalversammlung kritisiert, vor allem, daß den unteren Beamten alle Aufstiegsmöglichkeiten genommen worden sind.

Gleichstellung der nichtakademischen mit den akademischen Beamten entspricht unseren Grundgesetzen. Wissenschaft und Arbeit gehören zusammen, sagte schon Casselle. Wir können nicht anerkennen, daß bessere Schulbildung allein bessere Leistungen garantiert. Viele Tüchtige haben keine sachliche Vorbildung. Das Proletariat hat in seinen Reihen viele ausstrebende Kräfte. Die Bourgeoisie aber will den Akademikern alle bevorrechtigten Stellen reservieren, wir aber wollen den Wettbewerb aller Fähigkeiten durch Verwirklichung unserer sozialistischen Schul- und Bildungsziele. Im Kapitalismus aber ist das nicht möglich. Die Beamten werden durch die Besoldungsordnung künstlich auseinandergerissen.

Einigkeit, Strebertum und Kastengeist werden gefördert. Die durch die Verfassung verbotenen Titel sind als Ausbezeichnungsung eingeführt. Durch neue Titel wird das Ansehen der Beamten nicht gefördert. Verbrecherisch war bei der Beratung der oberen Gruppen die Bekämpfung des Verfalls unterer Beamte den oberen anzunähern. Jedemal erklärte die Regierung: das sei unerträglich. Die Klusi zwischen Regierungsräten und den anderen Beamten soll unter allen Umständen aufrechterhalten werden.

Welche Gehaltsbezüge erhalten die Beamten? Die unteren Beamten erhalten alle nicht das Existenzminimum. Es beträgt jetzt mehr als 16 000 M. Das Anzeichen der Preise aber geht weiter. Nach 16 Jahren Dienstzeit erhält ein Beamter in Gruppe II nur 10 600 M., er bleibt also 6000 M. hinter dem Existenzminimum zurück. Die Beamten sind, um nicht zu verhungern, auf Nebenarbeit angewiesen. Nebenarbeit aber behindert die Leistungsfähigkeit. Die Erbitterung der Beamten ist aufs höchste gestiegen. Eine Anzahl Konfessionsgruppen kann die Zufriedenheit der Beamten nicht schaffen. Die Korruptionserscheinungen können nur verschwinden, wenn die Beamten genügend zum Leben haben. Den Beamten, die beim Rapp-Busch durch ihren Streik die Republik gerettet haben, denen bestreitet man heute das Streikrecht. Unerhörte Zustände herrschen auch im Anstellungsverhältnis der Diener des Reichstags. Wenn der Reichstag auseinandergeht, fallen diese Angestellten der Erwerbslosenfürsorge zu. Auch die viel vorgebildeten Hilfsstenographen werden kläglich entlohnt, sie erhielten bisher 30 M. täglich!

Die größte Enttäuschung ruft aber die Begründung für die Ablehnung der Forderungen der Beamten hervor. Man hat angeblich kein Geld für die Beamten. Aber Milliarden für die Agrarier und die Reichswehr hat man. Auch die Aufwandsabänderung für den Reichspräsidenten soll um 100 Prozent erhöht werden. Auch die Bezüge der Offiziere will man erhöhen. Alle diese Zustände können die Beamten nur durch ihren Zusammenstoß in den Gewerkschaften und in der Unabhängigen Sozialdemokratie bessern. (Lebhaftes Bravo bei der U. S. P.) (Schluß auf der 8. Seite des Hauptblatts.)

Aus holländischen Dörfern

Von Salomon Dembiher

An einem schönen Sommernachmittag kam ich an, gerade als die Sonne ihre stehenden Strahlen auf die Bahnhofsstraße warf und die kleinen Fensterrahmen der zu beiden Seiten stehenden Häuser aus rotem Ziegelstein wie Spiegel glänzten und funkelt. Vor den Häusern standen niedrige Bäume von hölzernen Gittern umgeben, und obwohl es ein Sommertag und drückend heiß war und die Häuschen müde und verschlafen ausfahen, merkte man doch, daß dies die größte und vornehmste Straße des Dorfes war, wo die „Aristokratie“ wohnte. Selbst die Pfistersteine waren groß und breit und sahen da ganz anders aus als auf den gewöhnlichen Dorfstraßen, und wer auf ihnen ging, fühlte sich selbst stolzer und selbstbewußter. . . .

Obwohl es noch heller Tag war, hörte man keinen menschlichen Trit. Tiefe Stille lag in der Luft und alles atmete Ruhe und Zufriedenheit.

Wie ich so auf der Straße ging, hörte ich deutlich das Echo meiner klingenden Schritte und fühlte, daß ich nicht hergehörte. . . . Bisweilen sah es so aus, als ob die Häuschen sogar mit meinem Besuch nicht zufrieden waren: „Ein Fremdling stört unsere Ruhe, kommst du etwa, um uns hier zu verspotten, he? Sei ganz beruhigt, wir sind wirklich nicht neidisch auf deine Großtätigkeit, auf deine Großstädte mit ihrem Lärm und Geschrei voll Täuschung und Verdorbenheit, Luxus und Dummheit. Wir wollen doch lieber bleiben, wo wir sind. . . . Sie, die uns bewohnen, sind wenigstens immer satt und zufrieden, solange sie leben, und die Kinder, die in unseren Mauern aufwachsen, sind einfach und unverdorben. Sie lehnen sich nicht danach, eure läugerischen dummen Bücher zu lesen, um ihre Köpfe mit leerem Stroh zu füllen. Haben sie denn nicht recht? . . . Wir haben wohl ab und zu von euren Freunden dort in der Großstadt gehört und von euren großartigen Heldentaten, jawohl, das haben wir: Ein Mann ermordet seine Geliebte; eine Witwe läßt man vor Hunger sterben. . . . Ein Sohn bestiehlt seine eigene Mutter. . . . Eine Frau läßt Mann und Kinder im Stich usw. usw. Aber wir sind glücklich, daß wir so etwas nur vom Hörensagen kennen.“

Warum ich nur eigentlich hergekommen bin? Seit einiger Zeit arbeite ich an einem Roman, der in den Kreisen der Darbusten spielt, und da ich erfahren hatte, daß in Nijmegen am Rhein die wichtigste Gemeinde dieser Sektse ihren

Sitz hat, kam ich hierher, um selbst einer ihrer Versammlungen beizuwohnen.

Was ist das eigentlich für eine Sekte?

Eine der interessantesten und merkwürdigsten, die viel Ähnlichkeit hat mit der jüdischen Sekte der Chassidim, zu welcher ich selbst einmal gehört habe. Ihre Anhänger verachten alles Irdische; am wenigsten aber schätzen sie Staat, Geld, Kunst und Wissenschaft. Sie leben in ständiger Erwartung der baldigen Wiederkunft des Erlösers und bereiten sich ihr Leben lang vor, ihn zu empfangen. Sie sind die größten Feinde der anerkannten Kirche und halten untereinander Versammlungen ab. Der Begründer dieser Sekte war John Reison Darby, der 1800 in London geboren wurde, dort lange Zeit Rechtsanwält war, von da ungefähr 1840 nach der Schweiz ging und hier diese Sekte gründete.

Vor allem aber glaubt nicht, daß es nicht noch mehr darüber zu erzählen gibt. Diese Sekte besitzt so viele mystische Schönheit und Eigenartigkeit, so viele Innigkeit und Gemütswärme, daß es nicht möglich ist, hier alles ausführlich mitzuteilen.

So ging ich ein paar Stunden in der einsamen Bahnhofstraße auf und ab, bis es mir einfiel, in eine der kleinen Seitenstraßen einzubiegen. Hier sah ich gleich Frauen mit ihren Kindern vor den Häuschen stehen und schwagen. Ich erkannte auch sofort, daß die anderen Straßen von Alphen genau so aussehend, wie die sonst in allen Dörfern. Kinder sprangen spielend umher, ein Mädchen radelte vorüber, ein alter Bauer stand an einer Mauer gelächelt und blinzelte im Sonnenschein. Aus einem Partierfenster schaute ein Mädchen heraus und drückte sich die Nase an der Scheibe platt. Ich merkte, daß sie sogar die Knöpfe an meinem Ueberzieher zählte. Also wohl ein Dorf, wie alle anderen Dörfer. Nur die Bahnhofstraße allein scheint eine Ausnahme zu bilden. Sie gehört eigentlich auch nicht hierher. . . . Sie hat sich gerade so verirrt wie ich und hatte also schließlich auch nicht das Recht, so hochmütig zu sein. . . .

Ich trug ein Empfehlungsschreiben an einem Alphenzer Bürger in der Tasche. Als ich in sein Haus kam, sagte mir seine Frau, daß er fort wäre. Wo er denn sei? fragte ich. Er war weggegangen, um ein paar Schlüssel zur Reparatur zu bringen. „Kann ich hier warten?“ „Bitte.“ Ich stand mitten im Zimmer und die Kinder betrachteten mich anständig von allen Seiten. Vergessens wartete ich eine Stunde und ging dann fort mit dem Bemerkten, daß ich abends noch einmal vorsprechen würde. Draußen aber sah ich gleich einen Mann, der einen Bund Schlüssel trug und mit einem Nachbar sprach. Ich ging einfach auf ihn zu

und sagte: „Sie sind sicher Herr X. Ich habe diesen Brief für Sie.“ Meine Anrede überraschte ihn einigermaßen. Er ließ den Nachbar stehen, rief den Briefumschlag auf und schüttelte beim Lesen einige Male bedächtig den Kopf. Inzwischen bogen wir wieder in die Bahnhofstraße ein. Wädhlich setzte er ein bedenkliches Gesicht auf und brumpte unter der Nase: „Sie wollen also eine Darby'sche Versammlung betreiben? hm, hm. . . . Ja, das wird Ihnen nicht so ganz leicht fallen. Das geht nicht so schnell. . . . Wenn Sie wenigstens einen Bekannten in der Bahnhofstraße hätten, ja dann. . . . Wo so? . . . Das wird nicht gehen. Sehen Sie, hier wohnen die reichsten und vornehmsten Menschen. Merken Sie nicht, wie still es ist? Das Volk meidet diese Straße und bleibt ihr am liebsten fern. . . . Sehen Sie, hier wohnt der Apotheker, dort der Ladefabrikant. . . . Et, da kommt die Johanna. . . . die berühmte Pianistin. . . . Die geht auf die Musikschule. . . . spielt auf allen Porzessen, wunderbar, sage ich Ihnen. . . . Die wird Ihnen vielleicht helfen können. . . . Denn sie ist eine von der Sekte. . . . Ihr Vater ist Millionär. Aber. . . wie soll man sie das fragen?“

Ich sah aus einem Hause ein Mädchen mit schleppendem Schritt auf uns zukommen. Schon von weitem sah ich eine außergewöhnlich flache Brust, obendrein Plattfüße, und, als sie näher kam, bläute ich in ein blaues Gesicht, aus welchem farblose Augen gleichgültig und ausdruckslos in die Welt hineinschauten. Das Ganze machte einen armeneligen, unbeholfenen und plumpen Eindruck.

Gerade, als sie bei uns vorbeikam, machte mein neuer Freund ehrerbietig Platz und grüßte tief. Ich aber erlaubte mir stehen zu bleiben und sie anzusprechen.

„Fräulein“, sagte ich, während ich meinen Hut zog, „entschuldigen Sie bitte einen Augenblick.“

Und dann erzählte ich, weshalb ich hergekommen war und ihre Hilfe beanpruchte. Keine unerwartete Anrede brachte sie einigermaßen in Verlegenheit, allmählich aber kam sie wieder ins Gleichgewicht und versprach, mir zu helfen. Ja, erst müsse sie jedoch mit ihrer Mutter darüber sprechen. Falls ich hier warten wollte, bis sie zurück komme, könne ich nachher mit ihr gehen. . . .

Als sie fortgegangen war, schaute mein Bekannter über die Gasse, ein so vornehmes Mädchen einfach auf der Straße anzusprechen. Dann rief er sich jedoch vergnügt die Hände aus Freude, daß mein Wunsch mir so schnell erfüllt werden wird, denn jetzt brauche ich seine Hilfe sicher nicht mehr. . . . Nicht mehr? . . . Er reichte mir die Hand und verabschiedete sich von mir. (Schluß folgt.)

Groß-Berlin

Groß-Berliner Stadtverordneten- versammlung

Die Rechtssozialisten gegen den sozialdemokratischen Stadtschulrat

In der gestrigen Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde als erster Punkt der Tagesordnung ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion verhandelt, der gegen die

Nichtbestätigung des Oberstadtschulrates

durch den Oberpräsidenten protestiert und von dem Minister des Innern die Bestätigung verlangt. Von dem Magistrat wurde gefordert, daß er sich dem Proteste anschleße.

Genosse Dr. Siegfried Weinberg begründete den Antrag unserer Fraktion. Er führte aus, daß durch die Befragung der Bestätigung der Kampf um die Bestätigung des Stadtschulrates sich zu einem Kampf um das städtische Selbstverwaltungsrecht ausgewachsen habe. Der Redner erklärte es für selbstverständlich, daß die drei sozialistischen Parteien dem Antrage zustimmen müßten, da Treue und Glauben es verlangten, daß man den Kandidaten, den man gewählt habe, im Kampfe nicht im Stich lassen dürfe. Durch das sozialdemokratische Kommunalprogramm von 1910 seien die Sozialdemokraten verpflichtet, gegen jede Einschränkung des Selbstverwaltungsrechtes der Kommunen Front zu machen. Der Redner verwies weiter auf das bekannte Wort des bürgerlichen Ministers Dr. Preuß, wonach der staatliche Bestätigungszwang die absolute Negation der Selbstverwaltung sei.

Die bürgerlichen Redner bekämpften unseren Antrag mit denselben heuchlerischen Phrasen, die uns noch aus der Zeit der Aufstellung des Genossen Dr. Löwenstein zum Stadtschulrat in Erinnerung sind.

Bedinglich die Kommunisten unterstützten unseren Antrag, während sich die

Rechtssozialisten gegen den Antrag

wandten mit der Erklärung, daß es zwecklos sei, sich gegen die Nichtbestätigung zu wenden, da schon einige Wochen seit der Nichtbestätigung verlossen seien und die Stadtordnung keine Handhabe biete, die Bestätigung durchzuführen.

In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag unserer Fraktion mit 69 gegen 101 Stimmen abgelehnt. Die Rechtssozialisten stimmten — soweit sie, wahrscheinlich aus Schamgefühl, nicht den Saal verlassen hatten — gegen den sozialdemokratischen Stadtschulrat.

Noch längerer Aussprache wurde der

Erhöhung der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität

zugestimmt. Während für Wasser und Elektrizität die Aufschüßträge Annahme fanden, wurde der Aufschüßantrag auf Erhöhung des Gaspreises auf 1,35 M. für den Kubikmeter abgelehnt und der Antrag unserer Fraktion angenommen, der einen Einheitspreis von 1,25 M. vorseht.

Die Versammlung gab ihr Einverständnis zur Ueberweisung von 600 000 M. an den Verband der nicht staatlichen und nicht kommunalen gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Groß-Berlins. Die Summe wird auf die von dem Verband beantragte Subvention in Anrechnung gebracht. — Zu diesem Punkte der Tagesordnung wurde einem Antrage unserer Fraktion zugestimmt, der eine Nachprüfung darüber verlangt, welche von diesen Anstalten notwendig sind und von der Stadt übernommen werden können.

Ohne Debatte wurde der

Verstädtlichung des Viktoriahauses

und der Regelung der Verhältnisse der dortigen Angestellten zugestimmt.

Distriktsobleute der Elternbeiräte

Montag, den 20. Dezember, abends 7 Uhr, wichtige Sitzung, Reichstag, Obergeschoss, Zimmer 15a, Eingang Portal 2. Sämtliche 20 Verwaltungsbezirke müssen vertreten sein.

Verhandlungs-Kommission U. S. P.

Proletarisches Theater. Die nächste Vorstellung der revolutionären Satire „Prinz Hagen“ von Sinclair findet in Lichtenberg am Sonnabend, 18. Dezember, abends 8 Uhr, in der Schulaula Parkaue, und am Sonntag, 19. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Beethovenaal, Kochener Straße, statt. Karten 3,50 M. Arbeitslos 1 M.

Einstellung der Tätigkeit des alten Magistrats. Der Magistrat der alten Stadtgemeinde Berlin stellt am 18. Dezember d. J. seine Tätigkeit ein. Der neue Magistrat hat auf Vorschlag des alten Magistrats beschlossen, für einzelne Teile des städtischen Verwaltungsbereiches, die noch im Uebergang begriffen bleiben, Magistratskommissionen der neuen Stadtgemeinde einzusetzen, als welche freiwillig tätig zu sein sich bereit erklärt haben die Herren Geheimrat Regierungsrat Dr. Hirtzorn, Geheimrat Regierungsrat Dr. Müller, Stadtrat Dr. Franz und Stadtrat Dr. Lange, Berlin-Schöneberg. Diese Tätigkeit steht außerhalb des Beamtenverhältnisses. Die Kommissionen haben selbständigen Vortritt im Magistrat und den Beamten der ihnen unterstellten Geschäftsbereiche gegenüber die Befugnisse eines Magistratsmitgliedes.

Metallarbeiter der USPD!

Besucht die für heute abend 7 Uhr
in der „Neuen Welt“
anberaumte Versammlung. Es geht um die
Zukunft der Arbeiterbewegung

Kein Mangel an Kerzen. Die Preisprüfungsstelle macht darauf aufmerksam, daß in diesem Jahre ein Mangel an Kerzen nicht besteht, und daß demzufolge Kerzen zu sehr mäßigen Preisen in den Handel gebracht werden können. Die Käufer wollen folgendes beachten: Der Verkauf von Baum- und Haushaltkerzen ist nur in Packungen von 500, 300 und 250 Gramm gestattet. Dieses Gewicht muß auf den Packungen angegeben sein. Ferner müssen die Packungen noch die Firma des Herstellers, die Angabe des Inhalts nach Stück und der Preis für die ganze Packung und für die einzelne Kerze tragen. Durch diese Vorschriften soll der Käufer in die Lage gesetzt sein, den Preis der Kerze selbst nachprüfen zu können. Auch ausländische Kerzen unterliegen denselben Vorschriften. Packungen, die diese Kennzeichnungen nicht tragen, wollen man zurückweisen. Ueberdies sind die Preise für Kerzen auch in den Auslagen durch deutliche Preisschilder den Käufern bekanntzugeben. In allen Fällen, in denen der Kerzenverkauf nicht nach den vorgeschriebenen Bestimmungen erfolgt, wolle man bei der Preisprüfungsstelle bzw. bei der Polizei Anzeige erstatten.

Auch das Disziplinarverfahren gegen Dony eingestellt. Nachdem der 1. Strafsenat des Reichsgerichts das gerichtliche Verfahren gegen den Regierungsrat Dr. Dony wegen Hochverrats durch Beschluß vom 26. November eingestellt hatte, hat nunmehr auch der Minister des Innern das gegen Dony eröffnete Disziplinarverfahren durch Erlaß vom 15. Dezember eingestellt und die amtliche Suspension aufgehoben. Da kann der Kapitän Dony sein Spiel von neuem beginnen. Er war der Leiter des Polizeiwesens in Preußen und hat in letzter Linie die Verantwortung für all die Schandthaten auf dem Gewissen, die unter seinem Regiment gegen die aufstrebenden, um ihre Freiheit kämpfenden Arbeiter verübt worden sind. Man sehe ihn in sein altes Amt ein, so ziemt es sich in der neuen Republik.

Untersuchung der Zusammenhänge im Mord für Obdachlose. Mit Rücksicht auf die Leichenzeit im Mord für Obdachlose hat die zuständige Verwaltung eine eingehende Untersuchung angeordnet. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die erbobenen Beschuldigungen gegen die Angestellten völlig aus der Luft gegriffen und gänzlich unbegründet gewesen sind.

Raubüberfall auf eine Trödelerin. Ein schwerer Raubüberfall wurde gestern mittag in der Lindenstraße verübt. In dem Hause Nr. 240 betreibt die 44 Jahre alte Frau Bertha Kelsen im Keller einen Trödelhandel. Aus diesem kam die Frau gestern mittag aus mehreren Karten Kopfwunden blutend auf die Straße, wo sie zusammenbrach. Bevor sie die Besinnung verlor, konnte sie noch kurz angeben, daß zwei ihr unbekannt Männer in dem Keller erschienen seien, die plötzlich über sie hergefallen und mit einer Flasche niedergeschlagen hätten. Die Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo sie noch vernehmungsunfähig darniederliegt. Nach den bisherigen Feststellungen haben die Räuber ungefähr 3—400 Mark erbeutet. Mit dem Gelde sind sie ungelesen entkommen.

Hallecheses Los, Verwaltungsbezirk 6. Sonnabend, abends 6 1/2 Uhr, Fraktions-sitzung bei Schweifardt, Elie Jakobstr. 24. Erscheinen aller Genossen notwendig.

Brand im Polizeipräsidium. Im Polizeipräsidium brach gestern ein Brand aus. Durch eine Explosion von Munition oder Gas wurde die Balustrade über dem Einwohnermeldeamt in die Höhe geschleudert. Sie stürzte über das Mittelportal in der Dierkesstraße auf den Fahrdamm und den Bürgersteig. Die mechanische Leiter vom Zuge 4 wurde durch die Trümmer beschädigt. Die beiden Wagenführer kamen zum Glück mit dem Schrecken davon. Die Fernsprechanlage, die vom Polizeipräsidium über die Stadtbahn nach dem Amtsgericht führen, wurden stark beschädigt und fielen auf die Straße und das Geleise der Stadtbahn. Zahlreiche Fenster scheibeln in den Stadtbahnhöfen wurden zertrümmert. Ausgenommen ist das Feuer über dem Amtszimmer des Einwohnermeldeamtes aus noch unbekannter Ursache um 7 Uhr abends. Der Dachstuhl mit Inhalt und ein Teil des oberen Geschosses ist total vernichtet.

Verlängerte Gültigkeit des städtischen Notgeldes. Den Stadtverwaltungen ist bisher die Ausgabe von Ersparwertzeichen nur für eine bestimmte Zeit gestattet gewesen, der Stadt Berlin z. B. nur bis zum 31. Dezember d. J. Die Gültigkeitsdauer des Notgeldes ist nun durch einen gemeinsamen Erlaß der zuständigen preussischen Minister wieder verlängert worden, weil es trotz der starken Ausprägung von 50-Pfg.-Stücken nicht gelungen ist, den Mangel an kleinen Zahlungsmitteln zu beseitigen. Die Minister haben daher die Regierungspräsidenten, den Polizeipräsidenten in Berlin und den Oberpräsidenten in Charlottenburg ermächtigt, etwaigen Anträgen größerer Gemeinden auf Verlängerung der Umlaufzeit für Ersparwertzeichen über 50 Pfg. und darüber zu entsprechen. Da nicht abzusehen ist, bis wann mit einer völligen Behebung der Zahlungsmittelnot zu rechnen ist, soll von einer Begrenzung der Umlaufzeit auf einen bestimmten Zeitpunkt Abstand genommen und vorgeesehen werden, daß die Ersparwertzeichen innerhalb einer bestimmten Frist nach Auslauf eingelöst werden. Zugleich wenden sich die Minister in ihrem gemeinsamen Kundenerlaß gegen Bestrebungen, die Ausgabe von Ersparwertzeichen anderen Zwecken als dem der Behebung der Zahlungsmittelnot dienlich zu machen. Als Einnahmequelle darf die Ausgabe des Notgeldes nicht benutzt werden. Auch kann es weder gebahnt werden, daß Wertzeichen über den notwendigen Bedarf hinaus auszugeben und im Verkehr belassen werden, noch daß der Sammelmeister künstlich durch Ausgabe von verschiedenen Serien derselben Ersparwertzeichen angeregt wird. Die Behörden sollen jeder die Sammlung von Ersparwertzeichen fördernden Tätigkeit enthalten.

Aus der Stiftung der Berliner Gewerbeausstellung im Jahre 1879 sollen Stipendien, wie alljährlich, auch im Monat März 1921 verteilt werden, und zwar an die der Industrie und dem Gewerbe sich widmende Jugend behufs ihrer weiteren Ausbildung durch Teilnahme an den Tageskursen öffentlicher, technischer und Fachschulen. Nur solche Personen können Berücksichtigung finden, die in Berlin geboren und ortsangehörig sind oder mindestens die letzten 4 bis 5 Jahre ununterbrochen in Berlin gewohnt und die Lehrlingszeit bereits beendet haben. Gesuche um ein Stipendium sind schriftlich unter Beifügung eines selbst geschriebenen Lebenslaufes, der Schul- und sonstigen Zeugnisse der Lehr- bzw. Werkherrn oder beglaubigter Abschriften dem unterzeichneten Kuratorium, Spandauer Str. 32 II, Zimmer 2 (Gewerbeabteilung des Magistrats) in der Zeit vom 15. Dezember d. J. bis 15. Januar 1921 einzureichen. Später eingehende Gesuche oder solche, bei denen eines der vorstehenden bezeichneten Merkmale mangelhaft ist bzw. ganz fehlt, können nicht berücksichtigt werden.

Verwaltungsbezirk 1, Berlin-Mitte. Freitag, den 17. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Parteibureau, Breite Str. 8-9, wichtige Fraktions-sitzung. Die Obleute der kommunalen Kommissionen und die Leiter der im 1. Verwaltungsbezirk gelegenen Distrikte sind zu dieser Sitzung ebenfalls geladen.

2. Verwaltungsbezirk (Wedding). Sonnabend, 18. Dezember, 6 Uhr, Schule Pantl. 47, Zimmer 11, Sitzung des Fraktionsvorstandes. — Achtung! Die Distriktsobleute der kommunalen Kommissionen der in Frage kommenden Distrikte 11, 12, 13, 14 und 18 müssen dazu unbedingt erscheinen.

17. Verwaltungsbezirk (Lichtenberg, Friedrichsfelde, Karlshagen, Biesdorf, Kaulsdorf usw.). Kommunale Kommissionen d. h. alle in der Kommune ehrenamtlich tätigen Genossen und Genossinnen, Versammlung am Sonnabend, den 18. 12., 7 Uhr, im Rathausaal Lichtenberg. Mitgliedsbuch legitimiert.

Verwaltungsbezirk Friedrichshagen. Die Sitzung der Stadt- und Bezirksverordneten findet nicht am Freitag, sondern am Sonnabend um 7 Uhr bei Raff, Küdersdorfer Straße 18, statt. Die kommunale Kommission ist ebenfalls eingeladen.

Die „Freie Turnerschaft Wilmersdorf“ veranstaltet am Freitag, den 17. d. M., abends 6 1/2 Uhr, in der Aula der Oberrealschule am Hindenburgpark einen Volks-Unterhaltungsausschuss mit turnerischen, sportlichen und humoristischen Vorführungen, Konzert des Vereins-Musikkorps unter Leitung der Befehrer ihrer Kinder-Abteilungen, besonders der Kriegervaischen! Die Genossen werden um eifrige Unterstützung gebeten!

Billige Tage!

Damen-Wäsche	Herren-Artikel	Baumwollwaren
Tag-Hemd Hemdentuch mit Stickerel 31 ⁵⁰	Moderner Schal Kunstseide, gestreift..... 49 ⁵⁰	Geschirrtücher rot oder blau kariert..... 5 ⁸⁵
Tag-Hemd Renforce mit breiter Stickerel 39 ⁵⁰	Strickbinder gute Qualität, neue Muster..... 19 ⁷⁵	Handtücher grau, gestreift..... 12 ⁵⁰
Tag-Hemd Renforce mit breiter Stickerel und Hohlraum..... 43 ⁵⁰	Gummi-Hosenträger gut verarbeitet .. 12 ⁷⁵	Handtücher Gerstenkorn mit roter Kante 17 ⁵⁰
Knie-Beinkleid Renforce mit Voant und Hohlraum-Lanette 31 ⁵⁰	Herren-Vorhemd farbig 7 ⁵⁰	Deckbett aus gutem Wäschestoff..... 106 ⁵⁰
Knie-Beinkleid Renforce mit Stickerel..... 39 ⁵⁰	Oberhemd bunt, mit Umschlagmanschetten .. 88 ⁵⁰	Kopfkissen dazu passend..... 29 ⁵⁰
Untertaille Hemdentuch mit Stickerel 16 ⁵⁰		Deckbett aus Louisiana 125 ⁰³
Untertaille Renforce mit Stickerel und Hohlraum .. 22 ⁵⁰		Kopfkissen dazu passend 34 ⁵⁰

Damen-Taschentücher
gestickt, in hübscher
Karton-Aufmachung... 3 Stück 8⁵⁰ 11⁵⁰

Unterrock aus tuchartigen, schweren Stoffen mit hohem, gezogenem Volant **49⁵⁰** **Damen-Mantel** aus flauschartigen Stoffen offen u. geschl. zu tragen **128⁰⁰**

Kaffee
frisch gebrannt
1/2 Pfd. **12.-**

JANDORE

Belle-Alliance-Str. Gr. Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorfer Str.

Unsere Geschäfte
sind Sonntag, den
19. Dezember von
1-6 Uhr geöffnet



Eine besondere Weihnachts-Freude!

MASSARY Zigaretten

KON LINON

Theater und Vergnügungen

Volkstheater

7 1/2 Uhr: **Änchen von Hellbraun**

Neues Volkstheater

7 1/2 Uhr: **Der Nest v. Tyrus**

proletarisches Theater

Donnerstag, 10. Dez. nachm. 7 Uhr

Prinz Hagen

von H. Sinclair.

Staatstheater.

Opernhaus

7 Uhr: **Fidelio**

7 Uhr: **Kronprinz**

Deutsches Theater

7 Uhr: **Don Carlos**

Kammerspiele

Großes Schauspielhaus

6 Uhr: **Jedermann**

Königsgräber Str.

1/2 8 Uhr: **Die Schöne**

Komödienhaus

1/2 8 Uhr: **Die Schöne**

Berliner Theater

7 Uhr: **Nachtigall**

Rose-Theater

7 1/2 Uhr: **Der Anfang der Menschheit**

Neues Operettenhaus

Die Eskimosbaronesse

Central-Theater

Die Internationale

1/2 8 Casino-Theater

Königsplatz-Theater

1/2 8 Polles Caprice

Lessing-Theater

7 1/2 Uhr: **Amphitryon**

Deutsches Künstler-Theater

7 1/2 Uhr: **Die Scheidungsstelle**

Reichenz-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr

Lady Windermere's Fächer

Trianon-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr

Kammermusik

30. am Hollendorfplatz

Walhalla-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr

Kastelbinder

Residenz-Kasino

Täglich Gr. Ball

APOLLO

Seelöwen

Elite-Sänger

Concordia

Palast-Theater

Die Internationale

1/2 8 Casino-Theater

Königsplatz-Theater

1/2 8 Polles Caprice

METROPOL

Ausschnneiden!

Frank Norion

Trauringe

Münzen :: Briefmarken

Dynamdraht

Kreuzfuchse 300 M.

Bekleidungsstelle der Stadt Neukölln

Geöffnet 8-6 Uhr. Verkauft an jedermann. Bergstraße 29.

Straßenbahn-Verbindung: 7, 15, 47, 48, 22, 46, 94, P. C. I.

Stadtbahn-Verbindung: Ringbahnhof Neukölln.

Weihnachts-Messe

Herrenkleidung.

Anzüge 190.- bis 650.-
Einsegn.-Anzüge 145.- bis 475.-
Hosen 60.- bis 185.-
Ulster 150.- bis 695.-
Paletots, marango 380.-, 395.-

Damenkleidung.

Kostüme 125.- bis 435.-
Ulster 148.50 bis 675.-
Astrachan- u. Tuchmäntel, hochlegant
Röcke 32.50 bis 160.-
Blusen, Seide, Crepe u. China,
Mousseline, Barchend 30.50 bis 120.-
Blusen, Sportflanell . 45.50 bis 59.50

Trikotagen.

Mädch.-Beinkleid. je nach Gr 27.50 an
Damen-Schlüpfer je nach Gr 38.25 an
Damen-Reform-Beinkleider
je nach Größe 50.- an
Herren-Trik.-Hemden 45.50 57.50

Sirumpwaren.

Damenstrümpfe, lang, schwarz, H'Wolle
16.50 bis 18.-
Socken, rau gestrickt 10.20
Socken, schwarz u. grau gestrickt 14.50
Kinder-Sweater 15.50
Kinder-Trikots 8.95 an

Schuhwaren.

Herren-Stiefel 115.- bis 325.-
Damen-Stiefel 110.- bis 245.-
Burschen-Stiefel 88.-
Kinder-Stiefel je nach Größe 35.- an

Schuhbesohlung: sehr prompt und allerbilligst.

Für den Weihnachtstisch praktische Geschenke.

Garnitur Hosenträger mit Sockenhaltern in geschmackvollen Geschenkkanons. Taschenfächer in netter Geschenkmachung. * Damenhemden mit Sicckerel. Unterröcke (Serge). * Schürzenstoff, zirka 110 cm breit, prima Qualität, blau-weiß gestreift, für Wirtschaftschürzen. * Roh-Nessell, Lakenbreite zirka 150 cm

Liköre, Spirituosen

Spezialität: Cognac, Holländischer Korn
Sundermann, W.30, Luitpoldstraße 38

Altmetall

Spez. Weichmetall und Zinn,
Kupfer, Blei, Messing etc.
kauft zu Tagespreisen
Neue Konstante - e 19c
nur von Fachleuten und
Händlern.

Metalle

Quicksilber
Zinn
Weißblei
Schulzenborfer Straße 2
Küstner Straße 6
Swinemünder Str. 109
Kurzärztenstraße 9
Schillerpromenade 23

Größe
SORGEN?
Was?
und
Wo?
Kaufen SIE
zu WEIHNACHTEN?

SCHALS Wolle und Seide 29.50 48.00 bis 125.00
SOCKEN Wolle und Macco 6.50 bis 24.00
SPORTKAGEN Picqué, weiß, bunl, blau-grün 6.75
HANDSCHUHE für Herren 12.50 21.50 bis 28.00
HOSENTRÄGER Band u. Gummi 5.50 bis 33.00
DAUER-WASCHE Beste Qualität Alle Formen und Größen
KRAWATTEN Beste Qualität Aperte Farben 13.50 bis 33.00
STRICKBINDER

Gewerkschaftsorganisierte erhalten 5% Rabatt

ALTBERG, BERG 155
vis-à-vis Steinmetzstraße

Ohne Anzahlung
bekommen Sie nirgends
MÖBEL
noch bei bequemster Zahlungsweise bei
BARTHEL
Zandorfer Straße 54.
Sonntags bis 6 Uhr geöffnet.

Kupfer
Messing, Zinn usw.
Dachblech, Bohngelbte,
Marin, Gold, Silberbruch
w. it über Tagespreis
Brunnenstr. 11
Fennstf. 29
Fennst. 48
Weidenweg 72

Ich brauche dringend:
Zinn, weis-m-tail
Kupfer, Messing
Kuch für andere Metalle
Zinn hoch Probieren
Kupferbruch
W. Allee 55, Wilhelm 177
Neu eröffnet. Neu eröffnet
Metall-
Einlaufs-Zentrale
- im Neuen Kellern -
Stedstraße 26, Eing.
1 Minute v. Stationer Bahnhof
Telephon: Neuen 2400.
Biete die allerhöchsten Preise
für sämtliche Metalle
F. Wenzel & Co.

Altmetalle
kauft zum Tagespreis
1 Oberberger Straße 1
Eder Schönhauser Allee.

Kupfer usw.
kauft zu Tagespreisen
Heinrichsberg 43
Hauptstr. 5
sämtl. Altmetalle
b. he Schmelzpreise

Möbel
Bedeutend herab-
gesetzte Preise.
Bar- oder Teilzahlung
Kleinsten An- und Abzahlung
Wohnzimmer, Schlafzimmer
Speisezimmer, Herrenschränke
bunt Mebel, eisernen Möbel
Hafere auch auswärts
Landwehr
Müllerstr. 7
Weddingplatz

Kupfer, Messing, Zinn
sämtliche Altmetalle
jährl. Tagespreise
Neue HANSE Nr. 38
Händler Extravergelt.
Telephon: Schöneberg 2729.
Trotz Profesturz zahl
Tilfiter Str. 81
a. d. Frank. Allee die höchsten
Preise für sämt. Metalle.
- Gebirgt auch!

Goldbruch, Silberbruch,
Bismut, Platin
kauft zu Tagespreisen
Zimmerstraße 81
unweit Friedrichstraße

Möbel
Bauerwähe repariert
Rindenberg Straße 7.
Spezialart
für Syphilis, Horn,
Frasenbleiben, Schwärze,
Schwamm, etc. etc. etc.
Schmerzhafte in Dr. Hamener
& Co. lang. Vador. Bitte
unter. Haben i. Gegenw.
Friedrichstr. 81 gegenüber
Spr. 101, 102, Sonnt. 101
Tel. 101. Separ. Damez.

Läuse-Plage
auch Fische (L. von Wille) bei Wende, u. jed. Tier m. m. erf. gef.
Wasser Kasse. Rör fast u. Haar unbesch. In haben in Berlin
bei den Propyläen K. Ocker, Wodit 21, Waldenstr. 18, Klopke
NO 43, Vinkenstr. 8, H. Proger, C. Neue Promenade 2, Vopke
Charl., Wilmersdorfer Str. 156, Central-Druggrie, Dresdener Str. 14
L. Horn, W. 9, Kinkler, 45, Feig Frank, W. Kaminbrenner Str. 11
Fumboldt-Druggrie, W. Dammstr. 59, Otto Anon, Fandorn
Dresd. Str. 49, Franz Hempel, W. Schönhauser Allee 12, Ernst
Drogerie, Weidenstr., Berliner Allee 19, Andreas-Drogerie, W.
Kleine Andreasstr. 12, Schmidt, Vöhringstr., Fandorfer Allee 25
Central-Druggrie, Knecht, Hoddinger, 66 (im Rathaus), C. W.
Weidich, 54, Wilschstr. 1, Vertreter H. Manick, W.
Reichenallee 74. Weitere Wiedereinkäufer gefucht.

Möbelfabrik Robert Seelisch
5 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee
Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73a
empfehle
gute Möbel-Einrichtungen
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Ganz besonders große Auswahl in
Schlafs-, Speises-, Wohn- und
Herrenzimmern
eben Reichhaltig entsprechend.
154 Musterräume
Vorräume: 6000 qm groß.
Sonntags von 12 bis 6 Uhr geöffnet

Elektrische Modell-Maschinen, u. Apparate
für alle möglichen elektr. Einrichtungen
kann jeder Junge sich selbst bauen
nach dem ausgezeichneten Werke:
Hanns Günther
Elektrotechnisches
Bastelbuch
2 Bände, fein gebunden, M. 20.-
Es b. bei gleichzeitig ein hervorragendes
Bastelbuch u. Nachschöpfung
für alle künftigen Elektrotechniker.

34 Bände bei der Buchhandlung
"Fretzel", Berlin E 2, Berlin Str. 54
Hanns Günther,
Elektrotechnisches Bastelbuch
2 Bände, gebunden, M. 20.-
Betrag anbei - ist nachzunehmen
Genaue Adresse

Kreuzfuchse 300 M.
Alaska-, Blau-, Zobel-, Kreuz- und Weißfuchse, Damen-Pelzmäntel, Herren-Gelb-
und Sportpelze bis zur Hälfte der Preise herabgesetzt. Ferner Calways, Paletots, Ulster früher
bis 1200 M., jetzt 350 bis 450 M. Große Posten Hosen, Stück 60 M. (Keine Umklekabinen)
LEIHAUS MORITZPLATZ 58a (Größtes Spezialhaus dieser Art)